

PRESSEMITTEILUNG

CHINA UND DIE EURO-KRISE APMC-Geschäftsführer Dr. K.-H. Lin zu Gast beim TV-Politalk „Phoenix Runde“.

DÜSSELDORF, 14.09.2011. Als anerkannter Wirtschafts- und China-Experte wurde unser Geschäftsführer Dr. rer. pol. K.-H. Lin von Phoenix zur Teilnahme an der Experten-Diskussion in der Sendung Phoenix-Runde am 14.9.2011 **„Die Eurokrise - Was wird aus der Weltwirtschaft?“** eingeladen. Da die Redezeit jedoch sehr knapp war und Dr. Lin nicht die Gelegenheit hatte, seine Standpunkte auszuführen, entstand ein verzerrtes Bild. Im Folgenden finden Sie eine vollständige Wiedergabe seiner Meinungen zu einigen wichtigen Fragen/Themen an diesem Abend:

I. Dass Chinesen angeblich planen, italienische Staatsanleihen zu kaufen, ist entweder Wunschdenken oder einfach nur ein kulturelles Missverständnis.

II. Deutschland braucht die Krisenländer, damit der Euro nicht zu teuer wird. Ein Austritt von Griechenland aus der Eurozone ist also nicht im Interesse von Deutschland.

III. Für oder gegen die Einführung von Euro-Bonds? Euro-Bonds existieren doch bereits, und das erfolgreich.

IV. Vorschlag zur Abwendung der Insolvenz Griechenlands durch einen freiwilligen Umtausch der griechischen Anleihen gegen die AAA-Anleihen von EFSF/EFSM über eine Auktion/Versteigerung

V. Schlussbemerkung

Die Sendung können Sie sich in voller Länge unter folgendem Link ansehen:

http://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/diskussionen/die_eurokrise_was_wird_aus_der_weltwirtschaft_/401339?datum=2011-09-14

I. Dass Chinesen angeblich planen, italienische Staatsanleihen zu kaufen, ist entweder Wunschdenken oder einfach nur ein kulturelles Missverständnis.

Italienische Medien verbreiteten die Nachricht, dass Chinesen angeblich bis zu 10% der gesamten italienischen Staatsschulden zu kaufen beabsichtigen. Das ist gar nicht möglich, aus folgenden Gründen:

1. Der Staatsfond China Investment Corp (CIC), mit dessen Leiter, Herr Lou, das ursprüngliche Gespräch stattfand, ist einzig und allein für den Kauf von **Unternehmensbeteiligungen** (corporate bonds) zuständig. Deshalb kann Inhalt des Treffens nur der Kauf italienischer Unternehmensanteile gewesen sein, nicht der von Staatsanleihen.

Wahrscheinlich haben die Italiener bei dem Treffen auch den Wunsch geäußert, dass China doch bitte ebenso italienische Staatsanleihen kaufen sollte, und die Chinesen haben sicher auch brav zugehört und dabei ständig mit dem Kopf genickt. Kopfnicken bedeutet bei Chinesen jedoch lediglich, dass man das Gesagte „verstanden“ hat. Es bedeutet keinesfalls eine Zustimmung. Das ist eines der am meist verbreiteten Missverständnisse zwischen Europäern und Chinesen, die wir bei unserer täglichen Arbeit bei M&A- oder JV-Verhandlungen zwischen Europäern und Chinesen immer wieder beobachten können.

2. Auch die Rede des chinesischen Premiers Herrn Wen heute (14.9.11) bei Sommer-Davos in Dalian/China wurde in Deutschland/Europa verkürzt wiedergegeben bzw. übersetzt und somit verzerrt dargestellt. Herr Wen sprach davon, dass China **„die helfende Hand ausstrecken und seine bisherigen Investitionen in Europa erweitern wird“**. Mit „Investition“ meinte er den Kauf von Unternehmensbeteiligungen sowie direkte Investitionen (auch über chinesische Unternehmen), NICHT den Kauf von Staatsanleihen. Und sofort fügte er hinzu, dass er **„fest davon überzeugt sei, dass europäische Länder ihre Probleme bestimmt (selber) überwinden können“**. Dies deutet nicht gerade auf eine Hilfe hin.

In seiner Rede nahm Herr Wen Bezug auf ein Telefonat mit dem EU-Kommissionspräsidenten Herrn Barroso am 2. September. Obwohl bisher über das Gespräch in Deutschland/Europa nicht berichtet wurde, sind Presseberichte über das Gespräch bereits am 6. September unter dem Titel **„China gießt kaltes Wasser auf die EU – China wird Griechenland nicht retten können“** erschienen:

中国泼欧盟冷水：不能单靠中国救希腊

http://www.zwtnews.com/info/2011_09/06/36130.html

6. September 2011

Es wurde konkret berichtet, dass Herr Barroso angeblich Herrn Wen um Unterstützung gebeten habe, und Herr Wen sagte diplomatisch: „China wird die EU sicher unterstützen – China hat Vertrauen in die Wirtschaft von Europa und in den Euro und wird weiterhin in Europa **investieren**“. Also geht es wieder um Investitionen, nicht um den Ankauf von Staatsanleihen.

Es ist auffällig, dass im Gegensatz zu seiner Reise nach Griechenland im Oktober 2010, wo Herr Wen Zusagen zum Kauf griechischer Staatsanleihen gemacht hat, sowie zu seiner Reise nach Ungarn im Juni 2011, wo er Zusagen zum Kauf ungarischer Staatsanleihen gemacht hat, China jetzt nicht mehr bereit ist, Aussagen zu machen, dass China Staatsanleihen von Schuldenkrisenländern kaufen werde. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat China bereits jetzt Kursverluste, vor allem bei griechischen Anleihen, erlitten und hat seine damalige Entscheidung bereits bitter bereut.

3. Aber auch wenn die Chinesen Zusagen zum Kauf von Anleihen gemacht haben, wie viel haben sie wirklich gekauft? Nach der Zusage an Griechenland Ende vergangenen Jahres, Anleihen zu kaufen, haben Chinesen in der Zeit von Januar bis Mai 2011 nach einer Studie der Standard Chartered Bank in China:

- Europäische Unternehmensanleihen im Wert von etwa 72 Mrd. US\$
- AAA-Anleihen von Deutschland und Frankreich im Wert von etwa 24 Mrd. US\$
- AAA- Anleihen der EU (EFSF: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, und FSM: Europäischer

Stabilitätsmechanismus (im Wert von etwa 3,6 Mrd. US\$ gekauft).

Also kaufte China in Wirklichkeit hauptsächlich AAA-Bonds. Die Chinesen selber betonten wiederholt, dass China bereits Staatsanleihen von Krisenländern gekauft hätte. Aber das gesamte Volumen muss so gering sein, dass es bei der Untersuchung gar nicht auffällt.

II. Deutschland braucht die Krisenländer, damit der Euro nicht zu teuer wird. Ein Austritt von Griechenland aus der Eurozone ist also nicht im Interesse von Deutschland.

Abgesehen von der Frage, ob ein Austritt überhaupt möglich wäre, ist ein Austritt der Krisenländer aus der Eurozone gar nicht im Interesse von Deutschland. Denn als Exportland ist Deutschland daran interessiert, dass der Euro nicht zu teuer wird (siehe Schweizer Franken!). Ohne die Krisenländer wäre der Euro heute bestimmt bereits über 2 US\$ wert.

III. Für oder gegen Einführung von Euro-Bonds? Euro-Bonds existieren doch bereits, und das erfolgreich.

Eine gemeinsame Anleihe der EU-Länder ist für Anleger extrem attraktiv. Deshalb wurde auch die Ausgabe der AAA-Anleihe in Höhe von 5 Mrd. Euro von EFSM/EFSF im Januar 2011 trotz der sehr niedrigen Zinsen mehr als 9-fach (!) überzeichnet. China allein hat inzwischen mindestens 3 Mrd. Euro davon gekauft. Streng genommen existiert ein Euro-Bond also bereits. Und es gibt zu wenig davon – erheblich weniger, als die Investoren davon würden kaufen wollen.

EFSF/EFSM kann bis zu 440 Mrd. Euro bzw. 780 Mrd. Euro Anleihen ausgeben. Mit dieser Menge Anleihen müsste man den Schuldenstand aller Krisenländer in Europa erheblich reduzieren können, wenn mein Vorschlag für einen freiwilligen Umtausch über eine Auktion/Versteigerung (siehe unten) umgesetzt würde.

IV. Vorschlag zur Abwendung der Insolvenz Griechenlands durch einen freiwilligen Umtausch der griechischen Anleihen gegen die AAA-Anleihen von EFSF/EFSM über eine Auktion/Versteigerung

Als Ökonom (Diplom-Volkswirt, ausgezeichnet mit dem Friedrich-von-Hayek-Preis und Promotion an der Universität Freiburg i.Br.) stört es mich, dass die geplante Beteiligung der privaten Sektoren an der Umschuldung Griechenlands nicht auf Freiwilligkeit basiert und nicht über den Marktmechanismus (Auktion/Versteigerung) gesteuert ist. Eigentlich ist es ganz einfach:

- EFSM/EFSF versteigert seine AAA-Anleihen nicht gegen Geld, sondern gegen Griechenland-Anleihen. Ein Besitzer von Griechenland-Anleihen kann z.B. anbieten, 1,5 Mio. Euro Griechenland-Anleihen gegen 1 Mio. Euro AAA-Anleihen von EFSM/EFSF zu tauschen. Ein anderer bietet vielleicht 2 Mio. Euro Griechenland-Anleihen für 1 Mio. Euro AAA-Anleihen an. Ein Dritter bietet 2,3 Mio. Euro Griechenland-Anleihen für 1 Mio. Euro AAA-Anleihen an usw.
- Nachdem alle Angebote gesammelt wurden, kann entschieden werden, wieviele AAA-Anleihen tatsächlich ausgegeben werden sollen. Die gesammelten Griechenland-Anleihen werden vernichtet.
- Griechenland übernimmt natürlich die Verpflichtung, die Zinsen und die Tilgung dieser AAA-Anleihen vorrangig zu bedienen. Erst wenn Griechenland tatsächlich außer Stande ist, für Zinsen und Tilgung zu zahlen, springen die EU-Länder nach ihren jeweiligen Anteilen

für EFSM/EFSF ein. Darüber hinaus können natürlich weitere Zugeständnisse von Griechenland für diese „Rettung“ ausgehandelt werden.

- Weil der Marktwert der Griechenland-Anleihen inzwischen auf unter 50% des Nennwertes notiert ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass die EU z.B. 100 Mrd. Euro AAA-Anleihen gegen Griechenland-Anleihen im Wert von über 200 Mrd. oder gar 250 Mrd. Euro tauschen kann. Also verringert sich die Staatsverschuldung von Griechenland (in diesem Fall) auf einen Schlag um 100 oder gar 150 Mrd. Euro!
- Da der Umtausch freiwillig geschieht, müssen die Griechenland-Anleihen wahrscheinlich auch nicht als „begrenzter Zahlungsausfall“ herabgestuft werden. Ganz im Gegenteil: Nach dem erfolgten Umtausch werden die verbliebenen Griechenland-Anleihen auch wieder wertvoller, weil die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland nach solch einer erheblichen Entschuldung wieder solvent ist und seine Zinsen und Tilgung normal zahlen kann, erheblich gestiegen ist.
- Französische Banken, die es sich nicht leisten können, ihre Bestände von Griechenland-Anleihen auf den Marktwert abzuschreiben, müssen das gar nicht mehr tun. Sie nehmen eben nicht an dem Umtausch teil und profitieren von der Wertsteigerung nach dem Umtausch.

V. Schlussbemerkung

Als Ausländer hüte ich mich normalerweise vor jeglicher Meinungsäußerung über die Politik und Wirtschaft in Deutschland. Aber die Schuldenkrise, die sich inzwischen tatsächlich zu einer Euro-Krise entwickelt hat, betrifft auch mich und mein Unternehmen. Die Politik hat nicht nur wenige Ideen beizutragen. Die Politiker greifen auch vor allem wiederholt zu politischen Zwangsmaßnahmen, obwohl eine freiwillige und marktwirtschaftlich orientierte Lösung möglich ist. Gerade in einer Demokratie muss doch die Freiheit (das bedeutet auch Freiwilligkeit) einen sehr hohen Wert haben, so dass man nur in absoluten Ausnahmesituationen, und nur wenn es wirklich nicht anders geht, zu Zwangsmaßnahmen greifen darf. Dass man die private Wirtschaft zwingen wollte, sich „freiwillig“ an der Griechenlandrettung zu beteiligen, ist nicht nur Augenwischerei, sondern bereits eine Lächerlichkeit und ein Selbstbetrug. Wie können Demokratie und die demokratische Freiheitsidee so weit sinken, dass es Niemandem mehr auffällt, dass solche Zwangsmaßnahmen nicht rechtens sind?

Nicht nur die Politik versagt. Auch die Gemeinschaft der Volkswirte, zu der ich als promovierter Volkswirt auch gehöre, versagt komplett, und zwar schon zum zweiten Mal – bereits die erste Krise im 2008/2009 konnten die Volkswirte weder voraussagen noch Lösungswege aufzeigen. Und jetzt, mitten in der Schuldenkrise, kommen wieder keine kreativen Lösungen aus Forschung und Lehre. Früher war jede Krise die Geburtsstunde eines großen Ökonomen oder gar einer ganz neuen Schule. Jetzt herrscht Funkstille bei jeder Krise – die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre in den vergangenen Jahren hat anscheinend dazu geführt, dass die Volkswirte heute nur noch mathematische Modelle errechnen, aber nicht mehr kreativ denken und Probleme lösen können.

Auf jeden Fall habe ich mich diesmal sehr weit aus dem Fenster gelehnt: Ich bin Volkswirt, und in meiner Funktion als Berater im Chinageschäft verfolge ich die weltwirtschaftlichen Auswirkungen und Zusammenhänge tagtäglich aus nächster Nähe. Fernab von trockener Finanztheorie formuliere ich nun also eine Hypothese, die allein auf meinen Beobachtungen und Erfahrungen fußt. Deshalb schließe ich auch nicht aus, dass es Fehler in meinen Ideen

geben könnte. Trotzdem muss es endlich jemand wagen, neue Ideen vorzutragen, vielleicht auch nur, um wiederum noch bessere Ideen von anderen Leuten zu „provozieren“.

Dr. K.-H. Lin

ANSPRECHPARTNER

Silke Schulz

E-Mail: Schulz.Silke@asia-pacific.de

Internet: <http://www.asia-pacific.de>

Tel.: +49-(0)211-82 89 42-40

Fax: +49-(0)211-82 89 42-15